

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Zeitungspreis für Abonnenten beträgt für In- und Ausland pro Vierteljahr 300 Mark. • • • Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg, Köpenickerstraße 4. • • • Telephonnummer: Berlin Amt Wilhelm 4952. • • •

Immer strebe zum Ganzen und laß dich nicht vom Ganzen trennen
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an •••••

Inserate: Die 3spaltige Zeitspalte für Geschäftsleute 100 Mark, im Arbeitsmarkt 60 Mark. Für arbeitssuchende Mitglieder ist der Arbeitsmarkt nach wie vor frei. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg 1.

„Die Ameise“ erscheint jeden Samstag.

nationalsozialistische Bewegung — eine Gefahr für Arbeiterchaft, Volk und Staat.

In der „Ordnungszelle“ Bayern hat sich aus der semitischen Bewegung allmählich ein Gebilde entwickelt, das in München die Straße beherrscht und auch in anderen Städten bestrebt ist, seine Herrschaft mit unmittelmitteln und Schutzhelmen aufzurichten. Das Treiben in sich ungestört, wie auch das der anderen buntstirnigen reaktionären Gruppen, entfalten und ausstoben. Staatsmacht und Polizei schauen gelassen zu, und man sieht schon davon, sie seien Gefangene der Nationalsozialisten. So heißen nämlich die Leute, die an den nationalen Kräften Deutschlands zu wecken und erneuern. Wie das gemacht werden soll, läßt sich an den Taten jener Leute erkennen. In ihren Geheimorganisationen ist der Mordmord am politischen Gegner ein Programmpunkt, dem schon manche Männer zum Opfer gefallen sind. Erzberger, Garetz, Rathenau u. a. von deutschen Jünglingen um die Ecke gebracht und heimemann, Harden, Girschfeld, Kuer u. a. sollten folgen. Jede Attentate sind mißglückt. Aber noch eine große Anzahl Männer steht nach der Aufforderung des Führers in den Notbüchern der Nationalsozialisten, damit bei der nächsten nationalsozialistischen Abrechnung nicht vergessen werden. Das öffentliche Auftreten jener aus drei zweifelhaften Elementen zusammengesetzten Horde begleitet von Bombenanschlägen und Sturmangriffen nationalsozialistische Zeitungsunternehmen, auf Gewerkschaften, von Prügelein der Straßenpassanten, Stößen von Sammlungen und Prozessionen der Arbeitermassen. Male Gewaltanwendung ist vorherrschend. Militärische Organisation hält das morsche Gefüge zusammen. Niedertrügliche Beschimpfung der politischen Gegner, gemeine Spielereien auf deren Ehre, Herunterreißen der republikanischen Staatsform und Verächtlichmachung der Verfassungen sind an der Tagesordnung. Wer in wichtigen Anweisungen Meister ist, gilt als der erste Mann.

Sozialisten nennen sich jene deutschen und ausländischen Abenteurer deshalb, weil sie mit diesem Namen in der Arbeiterchaft Anhänger gewinnen wollen. Sie geben vor, dem Kapitalismus zu Leibe zu rücken, seine Macht zu brechen. Das ist eitel Lug und Trug. Organisation und das Tun und Treiben hat nichts Sozialismus gemein. Ihre Glieder krümmen dem Kapitalismus kein Haar. Im Gegenteil. Sie treiben nur Hasen in die Ritze. In verschiedenen Städten Kerns sind Nationalsozialisten den Scharfmachern in Industrie, Landwirtschaft, Geldverkehr willkommene Helfershelfer gegen die organisierte Arbeiterchaft. Wäre das nicht, würde das Unternehmertum mit jenen Subjekten Geschäfte machen und keinen Pfennig zu deren Verfügung ausgeben; denn aus purer Liebe zu den Nationalsozialisten zahlen die Geldleute keinen Tribut an die Schöpfkinder Nationalsozialisten.

Auf diese Liebe eines Teiles des bestimmbaren und angehenden Unternehmertums auf der ganzen Linie ist auch die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft aufmerksam gemacht worden. Die „Süddeutsche Demokratische Korrespondenz“ hatte schon im letzten Dezember Dr. Kuhlo, den Syndikus des Bayerischen Industriellenverbandes, die öffentliche Anfrage gestellt, ob es richtig sei, daß zwischen sehr einflussreichen Mitgliedern des Bayerischen Industriellenverbandes, und freigebigen Geldgebern des Hauptes der Nationalsozialisten, Hitler, Personalunion bestünde, und ob er, Kuhlo, bestreitet, daß er als der maßgebende Mann des Industriellenverbandes und ein ihm auch sehr verdienstlich nahestehender Herr zu diesen Geldgebern gehöre. Dr. also fragte Kuhlo stellte sich schwerhörig, genarrte Korrespondenz veranlaßte, noch etwas deutlicher zu werden. Sie stellte nun Klipp und Klar fest, Herr Dr. Kuhlo neben einigen anderen hervorragenden Mitgliedern des Bayerischen Industriellenverbandes dem nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehören habe. Kuhlo habe ferner in den Kreisen des Industriellenverbandes um Gelder für die nationalsozialistische Arbeiterpartei geworben. Er habe mit der persönlich verhandelt, um die Nationalsozialisten Schutztruppe für gewisse Unternehmer zu gewinnen. Bis heute hat Herr Hitler Kuhlo diese in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe nicht widerlegt.

Die freigeorganisierten Arbeiterorganisationen haben so die Gewißheit, daß mit dem von den Werteschaffern arbeiteten Geld Unternehmer die volksvergiftende nationalsozialistische Bewegung unterstützen. Der Stupideste muß

doch begreifen lernen, daß sie das nicht umsonst tun. Es geht daraus mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Nationalsozialisten nicht Feinde des Kapitals sein können und daß die Nationalsozialisten dem Kapitalismus in dieser und jener Form nie ein Haar krümmen werden.

Auf die nationale Haltung jener blutdürstigen Verschwoerungsbildung wirft aber auch der Hinweis des „Bayerischen Kurier“, des führenden Zentrumsblattes in Bayern, ein eigenartiges Licht. Dort ist zu lesen: „Uns sind Gerüchte zugetragen worden, welche den Geldzufluß an die Nationalsozialistische Partei mit französischen Quellen in Zusammenhang brachten“. Tatsächlich ist auch festgestellt worden und Hitler hat sich damit gebrüht, Dollars in der Tasche zu haben, daß ein großer Teil der nationalsozialistischen Propaganda, die Milliarden verschlingt, von französischem Gelde bestritten wird.

Der französische Militarismus, bayrische Industriellenkreise und andere Dunkelmänner sind also eifrig am Werke, mit der Doppelpöpel der Nationalsozialisten auch ihre eigenen Pläne zur Durchführung zu bringen. Dieses Doppelspiel muß allen Deutschen den Ernst und die Gefahr der Lage erkennen lassen.

Den herrschsüchtigen Unternehmern ist das bisherige Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ein Hindernis; es soll die Spitze wieder auf den Rücken des deutschen Proletariats niederfallen. Die ehemals allein regierenden Junker und Gräfe, und die Militärs um Ludendorff möchten auch wieder eine verheerende Rolle in der Politik spielen, deshalb das Patetstehen bei den berüchtigten Mörderorganisationen der Reaktion. Ihr Ansturm mit Hilfe der Nationalsozialisten gilt deshalb der deutschen „Judenrepublik“.

Vor kurzem hatten die sogenannten Ordnungsmänner wieder einmal zum Schläge ausgeholt; da kam ihnen der preussische Innenminister, Genosse Severing, in die Quere. Er ließ ihre Reden aufstöbern und zertrümmerte ihre dunklen Machenschaften ans Licht. Das blendete den lichtscheuen Tageslieben die Augen. Ihre Zeitungen schrien Peter und Mordio. Seit jener Zeit ist Severing der meistgehasste Mann. Die organisierte Arbeiterchaft

Schützt die Freiheit der Arbeit!

Die Spionageorganisationen der Gewerkschaften, darunter der ADGB und die Afa, richten an die Arbeiter der Welt folgenden Aufruf:

An die Arbeiter der Welt!

Der völkerrechtswidrige Einbruch des französischen Militarismus in das Ruhrgebiet mitten im Frieden hat neue blutige Opfer gefordert. Gestählt auf das unuerwähnte Recht, die Freiheit ihrer Arbeit zu verteidigen, aus freiem Entschluß und unbeeinträchtigt von Verleitung oder Regierung, demonstrierten unbewaffnete Arbeiter auf den Krupp-Werken in Essen gegen die Besetzung der Werke durch die Franzosen. Die Antwort darauf waren 13 Tote und eine weit größere Zahl von Verwundeten. Alle Greuel des Krieges leben wieder auf, nur zügellos noch, häßlicher, des letzten Scheins von Recht entkleidet.

Was will der französische Militarismus im Ruhrgebiet? Angeblich Reparation und produktive Ränder! Wieder und wieder haben das deutsche Volk und seine berufenen Vertreter, haben insbesondere auch die deutschen Gewerkschaften ihre Bereitwilligkeit zur Reparation im Rahmen der Leistungsfähigkeit durch Wort und Tat bekundet. Deutsche Vorschläge haben in London und Paris vorgelegen und hätten bei allseitigem guten Willen eine Verhandlungsgrundlage werden können.

Was geschieht statt dessen? Brutale Waffengewalt befehlt die deutschen Arbeitsstätten und trat an Stelle der deutschen Verwaltung. Tausende von Beamten, die Organe der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, wurden verhaftet, mißhandelt, ausgebeutet. Verkehrsmittel, Rohle, Geld, der Lohn der Arbeiter, die Unterstützung der Erwerbslosen wurden wahllos beschlagnahmt. Täglich werden neue Tausende von deutschen Arbeitern und Angestellten erwerbslos. Ungezählte auch von ihnen wurden eingekerkert, mit Frau und Kind aus ihren Wohnungen gejagt, ander ohne jeden Anlaß getötet oder verwundet. Das Massaker von Essen stellt den neuesten und furchtbarsten, aber keineswegs den einzigen Fall der Hinrichtung unbewaffneter Arbeiter durch den französischen Militarismus dar.

Die Freiheit der Arbeit, die Achtung des Arbeiters als eines vollwertigen, für sich selbst verantwortlichen, aus freiem Willen handelnden Menschen, sie wird im Ruhrgebiet, im besetzten Deutschland durch die militärische Diktatur mißachtet und unterdrückt! Das französische Volk verkündete vor mehr als 100 Jahren die Menschen- und Bürgerrechte! Die heutigen Gewalttäter Frankreichs wollen die freie Arbeit in Sklaverei verwandeln! Die kostbare Erzeugnisse jahrhundertelanger sozialer Kämpfe und eine Vorbedingung jeder wahren Kultur ist in Gefahr!

Arbeiter der Welt, öffnet Augen und Ohren! Diese Gefahr besteht nicht für den deutschen Arbeiter allein, sie droht Euch allen, wenn die Gewalt über das Recht triumphiert!

Arbeiter der Welt, seid gewarnt und schützt die Freiheit der Arbeit, die es zu spät ist!

kann ihm aber dankbar sein, wenn ihm jedesmal die Vereitelung eines Staatsstreichversuches so wirksam gelingt. Was haben nun die freigeorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen für eine Aufgabe, der nationalsozialistischen Seuche vorzubeugen und ihre Werbetätigkeit zu untergraben, sie vollständig zu unterbinden? Die „Metallarbeiterzeitung“ macht diesen Vorschlag:

„Das mächtigste Machtmittel der Reaktion ist ihre Presse. Tag für Tag speit sie Gift gegen die Republik und Galle gegen die „Novemberverräter“. Ununterbrochen verleumdet sie die Arbeiterchaft und ihre Bestrebungen. In einem fort fanatisiert sie geisteschwache Menschen, heßt sie zu Tollheiten, beschönigt und verteidigt sie unerhörte Verbrechen gegen Staat und Mitmenschen. Erst wenn die Geisung, die Fanatisierung, diese Anreizung zu Verbrechen zur Tat geworden, beginnt die Arbeiterchaft mit ihrer abwehrenden Handlung. Wieviel Elend und Kraft könnten gespart werden, wenn die Handlung schon bei der Verstopfung der Giftspritzen, bei der Aufspießung der Mißfakten begänne? Mit anderen Worten, wenn die Arbeiter sich entschlossen, keine Zeitung mehr zu drucken oder zu verbreiten, die gegen die Republik wirbt oder den Bestand des Staatswesens bedroht? Das kostet gewiß einen beherzten Entschluß, der indes doch leichter und weniger kostspieliger dünkt als der, der dann gefaßt werden muß, wenn das Streben der Giftspritzen bis zum Staatsstreich gediehen ist. Die nationalsozialistischen Zeitungen werden sich um Schwarzbeine bemühen, dürfte man einwenden. Das ist zwar sehr wahrscheinlich, aber auch sehr fragwürdig, ob sie genug Sezer, Drucker, Transportarbeiter und Eisenbahner zum Sezen, Befördern und Verbreiten des Papiers fänden.

Wiederholt haben sich Metallarbeiter geweißert, Munition gegen äußere Feinde zu erzeugen, ebenso mühten sich Zeitungs- und Transportarbeiter weigern, für den inneren Feind Munition herzustellen und zu befördern. Was dem einen Beruf recht ist, muß dem andern billig sein.

Mit der Anführung des einen Beispiels soll es sein Bewenden haben. Bei einigem Nachdenken lassen sich leicht noch mehr Möglichkeiten finden, der reaktionären Gefahr schon im Entstehen wirksam zu begegnen. In den betreffenden Gewerkschaften ist es, im Verein mit dem Gewerkschaftsbund die Waffenkammer des Proletariats und der Demokratie zu bereichern. Denn Politik heißt planmäßigen und rechtzeitigen Einsatz aller Kräfte.“

Der Gang der Entwicklung im politischen Leben zeigt, daß die mit in die Politik hineingerissene freigeorganisierte Arbeiterchaft künftig der Gedankrichtung der „Metallarbeiterzeitung“ in der Praxis folgen muß. Allerdings muß sie ihre Stärke so ausbauen, daß der Erfolg so gut wie sicher ist. Was den Metallarbeitern mit der Verweigerung der Munitionsherstellung nicht gelungen ist, müßte bei der vorgeschlagenen Stellungnahme der „Metallarbeiterzeitung“ gegen die gesamte reaktionäre und nationalsozialistische Bewegung garantiert sein. Gangbar ist der Weg.

Bis er beschritten werden kann, muß der Volksverleumdung Nationalsozialismus durch Handeln entgegengetreten werden, wo er sich bemerkbar macht. Seine Anhänger sind frech und feige, ihnen ist leicht beizukommen. Das Wie müssen allerorts die Verhältnisse ergeben.

Also nicht viel reden und parademäßig auftreten, sondern im geeigneten Augenblick handeln, das muß die Lösung der Freigeewerkschaftler gegen die Abenteuerpolitik der Nationalsozialisten sein. Wenn das überall geschieht, ist die durch sie geschaffene Gefahr gebannt.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Der Fehlschlag der Goldanleihe des Reiches. — Der ununterbrochene Preisabfall. — Herabsetzung der Kohlenpreise. — Erhöhung der Preise für Umlagegetreide.

Die großen Hoffnungen, die man auf die Dollaranleihe des Reiches setzen zu können glaubte, haben bösen Schiffbruch gelitten. Anstatt der ausgeschriebenen 200 Millionen Goldmark sind nur 50 Millionen vom großen Publikum gezeichnet worden. Weitere 50 Millionen müßten die Banken entprechend der von ihnen eingegangenen Verpflichtung aufstecken. Auf diese Weise erhält die Reichsbank immerhin 100 Millionen Goldmark an Devisen, einen Betrag, der ihr war die weitere Interventionstätigkeit erleichtert, aber längst nicht ausreicht, um die Devisenpolitik der nächsten Zeit auf breiter Grundlage zu stellen. Die Reichsbank hat denn auch einen erheblichen Teil ihres Goldbestandes, nämlich 100 Millionen Goldmark ins Ausland gebracht, um sich für nötigenfalls aufzunehmende Devisenkredite voranzusehen zu können. Auf diese Weise erhöht sich der bei ausländischen Zentralnotenbanken hinterlegte

Neue Vorschriften über Lohn- und Gehaltspfändung.

Von Friedr. Meels.

Da die Geldentwertung in letzter Zeit immer weitere Schritte gemacht hat, so sind die Bestimmungen über die Pfändung von Lohn und Gehalt abermals geändert worden. Die Beträge die den Arbeitnehmern für ihren Lebensunterhalt unter allen Umständen zu belassen sind, müßten erheblich angehoben werden. Nach dem letzten einschlägigen Gesetz vom 23. Februar 1923 ist die Reichslage folgende:

Der Arbeits- und Dienstlohn ist bis zur Summe von sechshunderttausend Mark für das Jahr und soweit er die Summe übersteigt, zu einem Drittel des Mehrbetrages Pfändung nicht unterworfen. Beispiel: Das Gehalt betrage 1.200.000 Mk. Von dem das unerlässliche Existenzminimum von 600.000 Mk. übersteigenden Betrag darf ein Drittel, also 200.000 Mk., auch nicht angegriffen werden, so daß sich die unpfändbare Gesamtsumme auf 800.000 Mk. beläuft. Die übrigen 400.000 Mk. werden bei der Pfändung der Schuldner, der bestmögliche Angehörige zu unterhalten hat, nämlich seinen Ehegatten, früheren Ehegatten, Verwandte (der aufsteigenden oder absteigenden Linie, also z. B. Eltern oder Kinder) oder uneheliche Kinder. Hat er solchen Personen Unterhalt zu gewähren, erhöht sich der unpfändbare Teil des 600.000 Mk. im Verhältnis der Unterhaltspflichtigen. So würde bei einem Gesamtlohn von 1.200.000 Mk. höchstens 1 Million Mark unpfändbar sein.

In gewissen Fällen wird aber die Unterhaltspflicht nicht berücksichtigt. Von dem pfändbaren Gehalt werden nämlich dann keine Abzüge für unterhaltsberechtigte Angehörige gemacht, wenn der Lohn 2 Millionen Mark übersteigt. Es wird dann der 600.000 Mk. übersteigende Betrag nur zu einem Drittel (für den Schuldner selbst) gepfändet. Bezieht z. B. der Schuldner an Lohn oder Gehalt 3 Millionen Mark, so sind 1.400.000 Mk. unpfändbar. Diese Ausnahme führt zu einer recht ungleichmäßigen Behandlung der Schuldner. Schon geringe Unterschiede in der Höhe der Bezüge bedingen eine andere Festsetzung des unpfändbaren Teils. Die Unterscheidung führt zu recht unbilligen Härten.

Hervorgehoben sei, daß der hiernach in der Regel noch unpfändbare Teil des Gehalts für gewisse Unterhaltsansprüche (Alimentenforderungen) gepfändet werden kann. In diesen Fällen greift auch der Einwand des Schuldners, daß ihm nicht zum Leben übrig bleibe, nicht durch. Ohne Rücksicht auf den Betrag ist nämlich die Pfändung zulässig, wenn sie wegen der den Verwandten, dem Ehegatten und dem früheren Ehegatten für die Zeit nach Erhebung der Klage und für das vom ausübenden Vierteljahr kraft Gesetzes zu entrichtenden Unterhaltsbeträge beantragt wird. Das Gesagte gilt zunächst auch zugunsten eines unehelichen Kindes für die Unterhaltsbeträge, die der Vater zu entrichten hat. Hier kann aber der Schuldner verlangen, daß ihm an unpfändbarem Lohn und Gehalt soviel übrig bleibt, wie er von den Bezügen zur Bestreitung seines „notdürftigsten Unterhalts“ und zur Erfüllung der ihm bei seinen Angehörigen gegenüber gesetzlich obliegenden Unterhaltspflichten bedarf. Was freilich zum „notdürftigsten“ Lebensunterhalt gehört, ist sehr umstritten. In der Vorkriegszeit hatten sich hierüber bestimmte Normen herausgebildet. Sie fehlt aber jeder Anhalt.

100 Millionen Mark neues Stammkapital für den Verband sozialer Baubetriebe.

Der Aufsichtsrat des Verbandes sozialer Baubetriebe hat die Geschäftsführung des Verbandes in seiner Januarversammlung beschlossen, die Erhöhung des Stammkapitals von 25 auf 125 Millionen Mark zu betreiben. Die von der Geschäftsführung eingeleiteten Schritte hatten so guten Erfolg, daß die vorzusehenden 75 Millionen Mark neuen Stammkapitals überzeichnet wurden, so daß die Gesellschafterversammlung am 27. März die Erhöhung des Stammkapitals auf 125 Millionen Mark beschließen konnte. Von dem neu gezeichneten Stammkapital wurden übernommen: vom Deutschen Bauwerkerverband 43 Millionen Mark, vom Verband der Fabrikarbeiter rund 23 Millionen Mark, vom Verband der Bergarbeiter 10 1/2 Millionen Mark, vom Deutschen Verkehrsbund 6 Millionen Mark, vom Verband der Maschinen- und Heizer rund 5 Millionen Mark, von den Verbänden der Holzarbeiter und der Maler je 4 Millionen Mark, vom Bund der technischen Angestellten und Beamten 1.800.000 Mk., vom Verband der Steinarbeiter 900.000 Mk., vom Verband der Dachbeder 800.000 Mk., vom Zentrverband der Zimmerer 750.000 Mk., vom Verband der Sattler 150.000 Mk., vom Verband der Apphaktoren 100.000 Mk., vom Deutschen Polierbund 70.000 Mk., vom Verband der Steineleger 50.000 Mk. und von zwei Bauhüttenbetriebsverbänden ebenfalls 50.000 Mk. Der größte Teil des neuen Stammkapitals ist bereits eingezahlt.

Tageereignisse.

Am Karfreitag erschossen französische Soldaten 11 Arbeiter der Firma Krupp; außerdem wurden noch 32 durch Schüsse mehr oder minder schwer verletzt. Die Arbeiterchaft Deutschlands hat gegen diese militärische Brutalität der Kommandos Truppen protestiert. (Siehe: Schütz: Freiheit der Arbeiter.)

Am 6. und 7. April unterhandelten die Gewerkschaften mit den Vertretern der Reichsregierung wegen Lohn- und Gehaltszulagen für die Reichsarbeiter und Beamten.

Die sehr eingehenden Besprechungen führten zu dem Ergebnis, daß die Stützungsaktion der Mark unter allen Umständen gefördert werden muß, weil die Erzielung von Preisstillstand und Preisabbau und damit die Besserung des Markteinkommens wertvoller ist als jede Vermehrung des nominellen Papiermarkteinkommens. In Erkenntnis dieser Tatsache wurde von der Feuerungsaktion in der bisherigen Art Abstand genommen. Durch Vermittlungsmassnahmen soll dafür gesorgt werden, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter innerhalb ihrer zustehenden Bezüge rechtzeitig in den Besitz der notwendigen Geldmittel kommen. Die Verhandlungen über Preisausgleich in besonders teuren Orten, namentlich des Westens, sollen mit Beschleunigung fortgeführt und zum Abschluß gebracht werden.

In einer Versammlung der Nationalsozialisten wurde am 5. April der Bahnschreiber Albert Stöckl durch den in Anwesenheit Polizeiwachmeister der Sipps, S e n n, erschossen. Tat ist die Folge nationalsozialistischer Agitation.

In Schweden ist die sozialistische Regierung Branting am 6. April zurückgetreten. Sie amtierte seit Februar 1921.

Am 4. April verschied in einem Sanatorium im Schwarzwald der Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Genosse A. M a r t o w, der zu den bedeutendsten Theoretikern der sozialistischen Internationalen gehörte.

die Erträge ganz wesentlich gemindert werden. Den Erben, die nach Beendigung des Ruhrkrieges diese gänzlich verfallene Finanzwirtschaft einmal zu liquidieren haben werden, steht keine leichtere Aufgabe bevor als denen, die den Krieg auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet abzuwickeln suchten.

Die freigewerkschaftlichen Beamten in der Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Ebenso wie vor nicht ganz zwei Jahren der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) und der Allgemeine freie Angestelltenbund (Afa-Bund) einen Vertrag abgeschlossen haben, der das Zusammenwirken dieser beiden Spitzenorganisationen regelt, ist jetzt am 27. März ein Organisationsvertrag dieser beiden Spitzenverbände mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund vollzogen worden. Der Vertrag verpflichtet die genannten drei Spitzenverbände unter Anerkennung des Grundsatzes der parteipolitischen und religiösen Neutralität für sich und ihre angeschlossenen Verbände, in allen gewerkschaftlichen, sozial- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten, welche die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gemeinsam berühren, zusammenzuwirken. In Fragen, bei denen es sich nur um Angelegenheiten einer Gruppe handelt, behält jede Spitzenorganisation ihre Selbständigkeit; in solchen jedoch, die in die Wirkungsbereiche der anderen Gruppen eingreifen, ist eine Verständigung mit diesen erforderlich.

In dem Vertrage ist von besonderer Bedeutung die Betonung des Grundsatzes, daß in der Wirtschaftspolitik die gemeinwirtschaftlichen Interessen stets den privaten Einzelinteressen voranzustellen sind. Ferner verpflichten sich die Organisationen, jeder Verletzung der republikanischen Verfassung im Reich und in den Ländern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Die in diesem Vertrage für die zentrale Zusammenarbeit getroffenen Bestimmungen werden auf die örtliche und bezirkliche Zusammenarbeit sinngemäß angewandt. Die gleichen Industrie- und Fachgruppen der vertraglich verbundenen Organisationen sollen gemeinsame Gruppenausschüsse bilden.

Frühling.

Nun kam zu uns der schöne Frühling wieder
und abermals blüht es auf allen Wegen;
mit vollen Händen streuet seinen Segen
der holde Lenz mildlächelnd auf uns nieder.

Überall ein fastig grünes Regen,
ein jedes Zweiglein reckt die jungen Glieder,
und neuer Klang der albekannten Lieder
kommt, mild sich um mein altes Herz zu legen.

Schon manchen Frühling sah ich so erstehen,
und manche Blüte nur zu schnell verwehen,
denn Eis und Blüten wechseln stets auf Erden.

Auch manchen schönen Traum sah ich entschweben;
nur dieses Eine möcht' ich noch erleben,
daß endlich es möcht' Völkerverfrühling werden.

Jakob Audorf.

Durch diesen Vertrag stellen die auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Beamten sich mit den dem ADGB und dem Afa-Bunde angehörenden Kopf- und Handarbeiter auf einen Boden und, wenn es sein muß, in eine gemeinsame Kampffront. Aus diesem Grunde ist der Vertrag zu begrüßen.

Organisationsvertrag.

Zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Interessen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten und zur höchsten Steigerung ihrer organisatorischen Kraft und ihres Einflusses im Wirtschaftsleben vereinbaren die vorgenannten drei Spitzenverbände unter Anerkennung des Grundsatzes der parteipolitischen und religiösen Neutralität für sich und ihre angeschlossenen Verbände folgenden Organisationsvertrag:

§ 1. Die Organisationen vertreten den Grundsatz, daß in der Wirtschaftspolitik die gemeinwirtschaftlichen Interessen stets den privaten Einzelinteressen voranzustellen sind.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß der soziale Aufstieg der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten die Erhaltung der deutschen Republik zur Voraussetzung hat, verpflichten sich die unterzeichneten Organisationen, jeder Verletzung der republikanischen Verfassung im Reich und in den Ländern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Zur Förderung einheitlicher gewerkschaftlicher Aktionen der Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Länder stellt sich auch der ADGB mit den bei den mitunterzeichneten Spitzenorganisationen auf dem Boden des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Eich Umterband).

§ 2. Der ADGB, Afa-Bund und ADW verpflichten sich als organisatorisch selbständige Spitzenverbände gegenseitig, in allen gewerkschaftlichen, sozial- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten, welche die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gemeinsam berühren, zusammenzuwirken.

In Fragen, die nur die Interessen einer Gruppe unmittelbar betreffen, behält jede Spitzenorganisation ihre Selbständigkeit. Sofern jedoch Interessen der anderen Gruppen beeinträchtigt werden könnten, soll jede Organisation, bevor sie ihre Maßnahmen ergreift, sich mit den beiden anderen verständigen.

§ 3. Grundsätzlich wird der ADGB als die gewerkschaftliche Spitzenorganisation der Arbeiter, der Afa-Bund als die der Angestellten- und der ADW als die der Beamtenverbände anerkannt. Demgemäß sollen die Arbeiter in den dem ADGB, die Angestellten in den dem Afa-Bund und die Beamten in den dem ADW angeschlossenen Verbänden organisiert werden.

Der unterzeichneten Verbänden von diesem Grundsatz ausgehend sind die unterzeichneten Verbände sich untereinander und mit den beteiligten angeschlossenen Verbänden verständigen, wobei die organisatorische Eigenständigkeit der Verbände zu wahren ist. Die unterzeichneten Verbände sind in der am 19. Dezember 1922 abgeschlossenen Vereinbarung zwischen dem ADGB und den früheren gewerkschaftlichen Beamtenzentrale des ADGB und Afa-Bundes angeschlossenen Organisationen festgelegt.

Streitigkeiten, die nicht durch Verständigung beigelegt werden können, sind von Fall zu Fall durch ein gemeinsames Schlichtungsgericht zu entscheiden.

§ 4. Zum Zwecke des Zusammenwirkens zwischen ADGB, Afa-Bund und ADW sind, wenn gemeinsame Fragen vorliegen, die Vorstand- und Ausschussmitglieder und die Kongresse gegenseitig durch Delegationen, die mit beratender Stimme teilnehmen, zu beschicken.

Erforderlichenfalls können Ausschussmitglieder und Kongresse von Fall zu Fall gemeinsam berufen werden. Für das Vertretungs- und Stimmrecht gelten die Satzungen des ADGB sinngemäß.

§ 5. Die im § 4 für die zentrale Zusammenarbeit getroffenen Bestimmungen finden auf die örtliche und bezirkliche Zusammenarbeit entsprechende Anwendung.

Die gleichen Industrie- und Fachgruppen der ADGB, Afa- und ADW-Verbände sollen gemeinsame Gruppenausschüsse bilden.

§ 6. Der zwischen dem ADGB und Afa-Bund am 12. April 1921 abgeschlossene Organisationsvertrag bleibt von den vorstehenden Abmachungen unberührt.

Vertrag des Reichsbankgeldes auf einen ein Sechstel des gesamten Goldbestandes. Gegen diese Operationen ist vom Standpunkte der deutschen Währung aus nichts einzuwenden. In dem schweren Kampf um seine Existenz, den jetzt das deutsche Volk führt, wäre es zwecklos, diejenigen Maßnahmen mit der Befürchtung einer noch schwereren Zukunft zurückzuhalten, die es noch besitzt. Ueber die Grundzüge, mit denen die Reichsbank gegen ihren Willen und unter dem Druck von außen ihre Währungspolitik geführt hat, wird später noch ein ernstes Wort zu reden sein. Sowohl bei der Vorbereitung der Divisenanleihe wie während ihrer Durchführung sind Fehler gemacht worden, die nicht hätten vorkommen dürfen, die jedenfalls den für die Währungspolitik des Deutschen Reiches verantwortlichen Instanzen ein denkbar schlechtes Zeugnis sind. War es wirklich notwendig, das strikte Verbot der Divisenerleihe in einem Augenblick abzuschwächen, wo die Anleihezeichnung noch im Gange war? Ist man überhaupt mit Krediterschöpfung in der Zeit der Anleihezeichnung energisch genug vorgegangen, um zu verhindern, daß diejenigen, die vor wenigen Wochen ihre Divisenscheine verkauft hatten, sie jetzt zu niedrigem Kurse wieder zurückkaufen konnten? Die lebhaftere Nachfrage, die gegen Ostern sich wieder am Devisenmarkt zeigte, ohne freilich den Dollarkurs wesentlich steigern zu können, spricht doch gegen diese Annahme! Wo blieben die großen Zeichner, die Leute, die für Kapitaltransaktionen im Ausland immer Divisens zur Verfügung haben? Ist alles geschehen, um den Einfuhrbedarf Deutschlands so gering als möglich zu halten, nachdem nun einmal die Ruhrbelegung eine erhebliche Belastung unserer Handels- und Zahlungsbilanz durch die notwendig gewordene Einfuhr englischer Kohle gebracht hatte? Werden nicht statt dessen wieder Erleichterungen der Wareneinfuhr vorbereitet, deren Aufhebung allein genügt, um viele Divisensbesitzer zu veranlassen, an ihren Beständen festzuhalten? Viele und noch manche andere Frage wird später aufzurufen sein, wenn die innen- und außenpolitische Lage diese Probleme wieder diskutationsreif gemacht hat.

Der pomphaft angekündigte Preisabbau hat sich, wie an dieser Stelle wiederholt dargelegt wurde, nur in den Großhandelskreisen Geltung verschafft. Obwohl der Kleinhandel bei denjenigen Waren, wo es die Preispolitik der Kartelle ermöglicht, seinerseits ebenfalls zu Preisnachlässen schritt, konnte in den Lebenshaltungskosten eine spürbare Erleichterung nicht wahrgenommen werden, weil eine große Zahl von Waren und Leistungen, die zu dem dringlichsten Bedarf der Bevölkerung gehören, insbesondere die Tarife und Gebühren für Gas, Wasser, Elektrizität usw., noch weiter stiegen. Nun ist auch der jaghafte Preisabbau im Großhandel zum Stillstand gekommen! Also noch ehe von einem Preisabbau für den Konsumenten die Rede sein konnte, stand bereits die Abwärtsbewegung der Großhandelspreise. Das ist um so erstaunlicher, als von einer Ueberbrückung der gewaltigen Kluft, die zwischen der Kaufkraft der Bevölkerung und dem Preisniveau klafft, doch gar keine Rede sein kann. Noch immer liegt der Warenabfall daneben. Ihn durch einen großzügigen Abbau der Preise wieder auf die Beine zu helfen, scheint nicht die Absicht der Industrie zu sein.

Zu diesem Schluss muß man jedenfalls kommen, wenn man das Verhalten der Unternehmer seit dem letzten erfolglosen Abbau der Kohlensteuer beobachtet. Noch bis vor kurzem gab es in den Augen der Unternehmer hauptsächlich drei Ursachen der Preissteigerung: die Löhne, die sich noch nicht auf die Hälfte des Reichsbankgeldes der Waren erhöht haben, die Gütertarife, die dem Dollar viel langsamer folgten als die meisten Warenpreise, und die Verteuerung der Kohle durch die Kohlensteuer. Jetzt ist die Kohlensteuer um 10 Proz. die Kohlenpreise sind sogar noch etwas mehr herabgesetzt. Da macht man nun die Entdeckung, daß selbst die über den Weltmarkt hinaus gestiegenen Preise für Grobwaren, die immer mit den Kohlenpreisen erhöht worden sind, von den Kohlenpreisen nicht oder doch nur unwesentlich beeinflusst werden! Das ist denn doch etwas stark. Man wird geneigt sein dürfen, ob es dem jetzigen Reichswirtschafts- und handelspolitischen Sachverständigen Ratgeber gelingen wird, die von ihm ausgehende Parole des Preisabbaues gegen solche Unternehmerlaun zu durchsetzen.

Daß jeder Preisabbau bei den Unternehmern auf Schwierigkeiten stoßen würde, war voraus zu sehen. Um so mehr ist es zu bedauern, daß der ganze Zug der Wirtschaftspolitik starke Eingriffe des Staates in den Warenmarkt und in die Preisbildung zu vermeiden sucht, und daß die manchesterliche Richtung mehr und mehr die Oberhand gewinnt. Und vom Staate, Freiheit des Handels und des Handels sind die Schlagworte, auf die sich die bürgerliche Wirtschaftspolitik immer bemühter zubewegt. So kommt es, daß heute, wo noch keiner das Ende und die Folgen des Ruhrkrieges zu übersehen vermag, die freie Getreidewirtschaft sogar ohne die formelle Zustimmung des Parlamentes beschlossene Sache ist, daß man inzwischen auch die jährlichen Vorkontrollen für die Beilegung der Umlage trifft. So hat man den Preis für das letzte Sechstel der Umlage in letzter Stunde noch einmal erhöht, obwohl weder für die Erhöhung noch für das Ausmaß der Erhöhung irgendeine Mehrheit im Reichsausschuß zustande kam. Der Umlagepreis bleibt zwar mit 32 500 Mark je Zentner Roggen immer noch um etwa 20 Proz. hinter dem gegenwärtigen Preis des freien Marktes zurück, aber es ist daran zu erinnern, daß in den letzten Wochen bereits einmal der Preis für freies Getreide unter 30 000 Mk. heruntergegangen ist, was jedoch durch die Erhöhung des Marktes halb wieder ausgeglichen wurde. Mit ihrem unausgesetzten Getreidebedarf stellt die Reichsgetreidestelle eine starke Stütze des Marktes dar, selbst dann, wenn sie zeitweilig nicht als Käufer auftritt. Zudem liegt die Umlagepreise in die Höhe gebracht, so bedeutet das, daß sie unter die Grenze des Umlagepreises nicht mehr oder doch höchstens ganz vorübergehend sinken können. Da aber auf der anderen Seite auch dem deutschen Getreidepreis durch die Weltmarktpreise eine obere Grenze gesetzt ist, hat sich mit der neuen Preisfestsetzung die Spanne zwischen reguliertem und unreguliertem Getreidepreis weiter vermindert. Daß durch die neuen Umlagepreise ein wesentlicher Produktionsanreiz angeht werden wird, ist entschieden zu bezweifeln. Wenn die hohen Getreidepreise, die am freien Markt erzielt werden konnten, nicht Anlaß gegeben haben, durch rechtzeitige Beschaffung des notwendigen Grunddüngers und durch rechtzeitige intensive Feldbestellung die Erhöhung der Produktion in die Wege zu leiten, der wird in der letzten Umlageerhöhung mit ihren 200 V. Mehrertrag pro Zentner für einen Teil des vorhandenen Getreides auch keiner wesentlichen Ansporn zu besserer Ackerbewirtschaftung geben.

Das Bedenkliche ist an dieser Erhöhung des Umlagepreises, daß sie sich logischermaßen unrichtig für den Verbraucher vollzieht, da der Preis nicht erhöht wird. Die Kosten der Verbilligung aber, die jetzt das Reich in erhöhtem Maße zu tragen hat, ist nicht auf ihn zurück, da für diese Ausgabe im Reichsstaat keinerlei Rechnung vorhanden ist, die Auswirkungen der Preisbilligung aus dem großen Schuldentum gemacht werden und schließlich durch die Kreditpresse, die durch die Preisbilligung der Kaufkraft der breiten Massen abgedrückt werden müssen. Es ist interessant, die diesjährigen Preise, die früher gleichermäßen über die riesige Schuldentumwirtschaft und über die angeblich so persönliche Verdrängungspolitik sozialistischer Minister gemietet haben, jetzt die gleiche Politik verfolgen, um den Übergang zur freien Getreidewirtschaft dem Volke schmachtend zu machen. Mit einem Unterschied freilich: Früher wurde wenigstens ein Versuch noch dem anderen unternommen, das Defizit des Reiches zu decken. Heute dagegen, wo der Etat des Reiches auf das äußerste angepannt ist, da das Ruhrgebiet und der Rheinwerft gewaltige Aufwendungen erfordert, wo in jedem Monat der Schuldenstand des Reiches um mehrere Milliarden und der Notenumlauf der Reichsbank in gleichem Tempo anschwillt, post man die Steuern des Reiches in so großem Umfang der Geldentwertung an, daß

Zu den Anmerkungen der Fachzeitschrift für Feinkeramik.

„Keramos“ macht zu unserem Artikel „Leipziger Messe und keramische Industrie“ Anmerkungen und geht auf die einzelnen Punkte kritisch ein. Zur Ausführungsfrage wird gesagt: „Beantwortet wurde die Herabsetzung der Ausführungsfrage schon auf der Herbstmesse 1922, und zwar wurden die betreffenden Einreden u. a. von der freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisation mitunterzeichnet“. Demgegenüber stellen wir fest, daß es feinerzeit bei der Eingabe darum handelte, gegen die schlichte erhebliche Erhöhung der Ausführungsfrage die schwersten Bedenken zu erheben. Zu dieser Maßnahme war Unterzeichnung und die persönliche Zustimmung beim Staatsminister Professor Hirsch gegeben worden, aber nicht zur Herabsetzung der Ausführungsfrage. Ausdrücklich ist von unserer Seite vom Vertreter der Christen noch betont worden, daß die keramische Industrie die Abgabe tragen kann. Die 3 Proz. Ausgabebelastung sind unseres Erachtens nicht die Ursache einer Verringerung der Handelsbilanz und können diese nach weiterer Minderung nicht aktiv gestalten. Nach wie vor sind wir der Meinung, daß feinkeramische Industrie eine Leistung an den Staat in Form der Ausführungsfrage ohne Exporterschwerung tragen muß.

Wenn „Keramos“ wissen will, woran die zuverlässigsten Anträge zu erkennen sind, so muß er sich an die Aussteller wenden. Diese haben mehrfach das Wort zuverlässig gebraucht und müssen dafür eine Begründung gehabt haben, wenn sie hätten diese Bemerkung kaum gebraucht. Mit der Reklame der Qualitätsfabriken meinen wir schon, sie außerhalb der Messe betrieben werden sollte. In welcher Form das zu geschehen hat, müssen die Fachleute wissen. Möglichkeiten und Wege gibt es gerade für Porzellan und Steingut genug.

Die Geschäfte in Gebrauchsgeschirr, sowohl für Steingut als für Porzellan, waren leider nicht „gut“, schreibt „Keramos“. Die Meinung der „Ameise“ sei, der größte Teil der Aussteller feinkeramischer Erzeugnisse könne mit dem Geschäft zufrieden sein. Die Aussteller mühten diesmal anderer Meinung sein. Wir wollen diese Feststellung nicht bezweifeln, sondern nur bemerken, daß wir unser Urteil nach Betragen eines bedeutenden Teiles der Aussteller fällten. Diese mühten sich dann getäuscht haben. Man sollte aber meinen, daß am Mittwoch schon ein Ueberblick über die Geschäfte vorhanden war.

Die sachgemäße Auffklärung über den Stand der Industrie ist leider zu wünschenswert. Gerade in den letzten Wochen an einzelne Verwaltungen das Verlangen gestellt worden, entweder voll zu herabzusetzen Löhnen oder beschränkt zu Tarifarbeiten zu arbeiten. Daran ist zu entnehmen, daß Aufträge da sein müssen, die aber nur ausgegeben werden, wenn die Beschäftigten ihre Arbeitskraft billiger verkaufen. Die wirtschaftliche Not soll also als Druckmittel ausgenutzt werden. Weigern sich nun die Arbeiter, nicht billiger als ihre Kollegen und Kolleginnen in den übrigen Gebieten zu arbeiten, und der oder die Unternehmer machen ihre Drohung und schränken ihre Betriebe ein; ist diese Haltung dann durch Not und Zwang bedingt? Sind diese Unternehmer denn die vollendeten Idioten? Sind nicht in solchen Fällen andere Ursachen der eigentliche Grund der Betriebseinschränkung?

Wenn Herr Generaldirektor Singer in seinem Vorausblick die Leipziger Messe „horrisch übertrieben“ hat, so gehen seine Worte immerhin zu denken. Wir neigen eher zu der Meinung, daß Herr Generaldirektor Singer in manchen Fällen sich zugegeben hat, wie es um die Porzellanindustrie stand. „Keramos“ spricht ja auch davon, daß die Porzellanindustrie geplatzt habe. Wenn man diese beiden Eingangsätze richtig liest, so kommt man zu der Auffassung: die feinkeramische Industrie hat eine beträchtliche Anzahl feiter Jahre hinter sich, und die Arbeitererschaft keinen Anteil haben konnte. Das ist der springende Punkt. In dieser Beziehung war eben nicht nur der gute Wille vorhanden, Schwierigkeiten zu beheben, sondern auch die Berechnung der Verhältnisse immer noch darauf, von der anderen Seite mehr guter Wille gezeigt wird, selbst aber an der Bestätigung.

Die daraus entstehenden Folgen treffen dann nur die andere Seite. Wir werden sie noch manchemal daran erinnern lassen, selbst wenn wir dabei nicht im Sinne des „Keramos“ handeln werden.

Die Streitfrage in der Arbeitslosenversicherung.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat den Gesetzentwurf betr. gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung erledigt und dem Plenum zur Beratung vorgelegt. Während es in den wesentlichen Bestimmungen des Entwurfs teils zu einer Verkürzung, teils zu einer Erweiterung im Sozialpolitischen Ausschuss kam, ist der § 15, der die Unterfertigung von Arbeitslosen aus Streitfällen behandelt, unangetastet geblieben. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter im Ausschuss in ihren Auffassungen einander schroff gegenüber; und ein Ausgleich war nicht herbeizuführen. Die Entscheidung soll nunmehr dem Plenum des RWK überlassen sein. Der Vorstand der Gesellschaft für Soziale Reform hat in dieser Situation ein Verdienst erworben, indem er zur Klärung dieser Streitfrage einen Sachverständigenausschuss, bestehend aus den Herren Dr. Robert Bosh, M. d. RWK, Stuttgart, Dr. Bernhard Dernburg, Reichsminister a. D., M. d. R., Min.-Präsident, Johann Giesberts, Reichsminister a. D., M. d. R., Berlin-Charlottenburg, Dr. Ludwig Heide, M. d. R., M. Berlin-Grünwald, und Robert Schmidt, Reichsminister a. D., M. d. R., Berlin-Karlshorst, einsetzte.

Dieser Ausschuss ist am 5. März in Berlin vollständig zusammengetreten und hat dem Vorstand der Gesellschaft auf einstimmigen Beschluss den folgenden gutachtlichen Vorschlag übermittelt, der natürlich nicht ohne weiteres als Gesetz in die Stelle des heutigen § 15 des Entwurfs zu setzen geeignet ist, sondern zu § 40 in gesetzliche Beziehung zu werden muß:

Die Unterfertigung wird nur solchen Versicherten gewährt, nachgewiesen haben, daß ihr letztes Arbeitsverhältnis gelöset ist (Abfertigung). Sie ist zu verweigern, wenn der Versicherte seine Beschäftigung infolge einer durch Ausstand oder Sperrung in dem Betriebe, in dem er beschäftigt war, verurteilten Betriebseinstellung eingekauft hat, oder wenn er bis zur Entlassung in einem Zweig- oder Teilbetriebe beschäftigt war, der mit dem auf diese Weise eingestellten Betriebe nach Betriebszwecke zusammengehört und sich in derselben Gemeinde oder wirtschaftlich zusammenhängenden, nahe beieinander liegenden Gemeinden befindet. Von dem Erfordernis des § 15 ist abzusehen, wenn die Arbeitslosigkeit als wirtschaftliche Folge eines Arbeitskampfes eintritt, der in einem fremden Lande stattfindet. Im Zweifelsfalle entscheidet der Verwaltungsrat der Reichsversicherung.

Der Vorschlag des Sachverständigenausschusses bietet für die Verhandlungen im Plenum des Reichswirtschaftsrates eine wertvolle Grundlage, die hauptsächlich zu einer Einigung führen wird. Das Erfreuliche an ihm ist nicht allein, daß er die Auffassung der Arbeitnehmer verständnisvoll entgegenkommt, sondern auch, daß dieser Vorschlag von einem Vertreter der Arbeitgeber und von zwei Ministern des gleichen Reichstages, des Reichswirtschaftsrates und dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung überwiesen hat, unterzeichnet ist. Diese Namen werden hoffentlich dafür Bürgschaft bieten, alle einer gerechten Lösung entgegenstehenden Schwierigkeiten zu beseitigen.

(Korrespondenzblatt Nr. 12)

Lohnstarifverhandlungen beim Reichsarbeitsministerium.

Beim Abschluß dieser Nummer waren die Verhandlungen über den Reichslohntarif für die feinkeramische Industrie soweit geblieben, daß die Parteien am 10. April nach Berlin geladen waren. Ueber die ersten ergebnislosen Verhandlungen berichtet die „Keramarbeiter-Zeitung“ (Christliches Organ):

„Am 27. März fanden in Berlin beim Reichsarbeitsministerium auf Antrag des Berufsverbandes deutscher Keramarbeiter (christlich) die Schiedsgerichtsverhandlungen für die feinkeramische Industrie statt. Die Vertreter des Porzellanarbeiterverbandes waren trotz der Einladung des Reichsarbeitsministeriums nicht erschienen. Der Arbeitgeberverband rief dann auch feinerseits das Reichsarbeitsministerium zur Vermittlung an und verlangte gleichzeitig Vertagung und Aufhebung eines neuen Verhandlungstermins. Das Schiedsgericht beschloß daraufhin, Vertagung einzutreten zu lassen. Das Reichsarbeitsministerium wird baldmöglichst neue Verhandlungen ansetzen.“

Die Christen schreiben wohlweislich nicht, daß die Vertreter des Porzellanarbeiterverbandes trotz Einladung des Reichsarbeitsministeriums wegen der feitherrigen unerfreulichen Haltung ihrerseits und des Organs des Deutschen Keramarbeiterverbandes nicht erschienen waren, nicht erschienen konnten; denn es ist für uns völlig ausgeschlossen, sich mit diesen christlichen Führern ohne Rücksicht zu gemeinsamen Verhandlungen an einen Tisch zu setzen. Die Vertreter des Porzellanarbeiterverbandes haben ihr Nichterscheinen entsprechend beim Reichsarbeitsministerium begründet. Da nun die Arbeitgeber ihrerseits das Reichsministerium zur Vermittlung angerufen haben, werden die Vertreter des Porzellanarbeiterverbandes der Einladung Folge leisten, sich aber nicht mit den Christen gemeinsam an den Verhandlungen beteiligen. Es werden zwei Schiedsgerichte tagen, die getrennt die strittige Angelegenheit behandeln werden. Das Ergebnis wird den Bahnhöfen bis zum Versand dieser Nummer schon brieflich übermittelt sein. Ueber den Ausgang der Lohnverhandlung werden wir noch berichten.

Die Zeiten sind ernst! Beiträge müssen in Höhe eines vollen Stundenlohnes bezahlt werden! In der Woche vom 15. bis 21. April ist der 16. Beitrag fällig.

Schleudereexport

auf Kosten des deutschen Arbeiters.

Jahrelang hatte die deutsche Industrie vor der des Auslandes einen großen Vorsprung dadurch, daß sie infolge des schlechten Standes der Welt in der Lage war, die Weltmarktpreise weit zu unterbieten. Jetzt ist der Preisvorteil der deutschen Produktion, auch wenn man die Preise in fremde Währungen ausdrückt, wesentlich zurückgegangen. Trotzdem können deutsche Waren, die denen des Auslandes ebenbürtig sind, um 50 oder mehr Prozent billiger geliefert werden, als es die dortigen Produktionsbedingungen zulassen. Handelt es sich hier nur um Warenverschleuderung auf Kosten des inländischen Verbrauchers?

Die in der Schweiz erscheinende Monatschrift „Die Kurve“ unterucht die Ursachen dieses deutschen Schleudereexports und kommt zu dem Ergebnis, daß die Exportfähigkeit der deutschen Industrie zu niedrigeren Preisen herbeigeführt ist durch das Hungerdumping der deutschen Arbeitererschaft. Vor dem Kriege gab es innerhalb der zentral-europäischen Staaten einschließlich Englands eine gewisse Stabilität der internationalen Lebenshaltung. Die europäische Arbeitererschaft mußte ungefähr 45 bis 55 Proz. ihres Einkommens auf die Ernährung verwenden, und darin waren die Verhältnisse in der Schweiz, in Deutschland, in Oesterreich und in England annähernd einander gleich. Der Arbeiter eines Landes konnte ohne wesentliche Schwierigkeiten sich an die Existenzbedingungen eines anderen Landes gewöhnen. Dadurch war auch eine gleichartige Grundlage für die Konkurrenzverhältnisse der verschiedenen Länder geschaffen.

Heute hat sich das wesentlich geändert. Birta 10 Millionen deutscher Arbeiter müssen 70 bis 80 Proz. ihres Einkommens allein für die Ernährung aufwenden. Sie leben unter den gleichen Existenzbedingungen wie der chinesische Arbeiterhaushalt. Der qualifizierte Arbeiter kann heute trotz der niedrigeren Mieten höchstens 45 bis 50 Proz. von dem verdienen, was er früher zu seinem Unterhalt gehörig ansah.

Die niedrigen Löhne ermöglichen es der deutschen Industrie, mit niedrigeren Preisen im Ausland zu konkurrieren. Mit Recht bezeichnet „Die Kurve“ die Frage als eine internationale Angelegenheit. Nehmen wir an, die deutsche Industrie hätte vor dem Kriege nicht importiert, um die französische, belgische, englische und schweizerische Industrie auf dem Wege der billigeren Lebenshaltung der Arbeiterkräfte im Konkurrenzkampf zu schlagen und der nichtdeutschen Industrie wäre ein gleiches Ausmaß verweigert geblieben. Hätte diese Tatsache nicht die ganze Welt aufgerüttelt? so fragt das Blatt.

Der Vorschlag kommt zu dem Schluß, es sei undenkbar, daß ein Volk von 60 Millionen im Zeitalter der Verkehrswirtschaft eine so elende Lebenshaltung durchmachen muß, ohne daß es die Konkurrenzstaaten am eigenen Leibe in gleicher Form büßen müssen. Je länger die Regelung der Reparationen aufgeschoben wird, um so schwerer muß auch die Lage für die übrigen Staaten werden. Denn alle Völker müssen infolge der internationalen Konkurrenz der Waren die Folgen der deutschen Verelendung mittragen helfen.

Die Ausführungen des Schweizer Blattes sind außerordentlich bemerkenswert. Sie sind ein Appell an das Weltgewissen und an den Verstand der Welt zugleich, die entsetzlichen Schäden der verfehlten Reparationspolitik im Interesse aller Länder zu heilen.

Weitere Verschlechterung d. Arbeitsmarktes.

Die Lage des Arbeitsmarktes steht im Zeichen einer andauernden Verschlechterung. Zwar hat nach den Berichten des Reichsarbeitsmarktes im Laufe des Monats Februar das Tempo der Verschlechterung etwas nachgelassen, immerhin ist unter den Arbeitslosen wie unter den Kurzarbeitern eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen. Daraus geht hervor, daß es vielen Industrieunternehmen nur durch Arbeitsstreckung möglich geworden ist, den Betrieb teilweise aufrechtzuerhalten. Die Zahl der weiblichen Beschäftigten hat im Gegensatz zu früheren Monaten etwas zugenommen. Im einzelnen sind die Ergebnisse der Statistik folgende:

Nach der Krankentassenstatistik ist die Zahl der Beschäftigten, wenn auch langsam, zurückgegangen. Die Mitgliederzahl von 5589 Krankentassen fiel vom 1. Februar bis zum 1. März um 0,5 Proz. sie war im Vormonat um 0,8 Proz. gefallen.

Die Arbeitslosenstatistik verzeichnet am 1. Februar bei rund 5,8 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern 6,7 Proz., gegen 4,4 Proz. Arbeitslose im Vormonat.

Die Zahl der Kurzarbeiter ist nach den vorliegenden Berichten von 85 Arbeiterfachverbänden mit 4,8 Millionen Mitgliedern von 13 auf 16,5 Proz. gestiegen. Demnach geht jeder sechste Arbeiter eines erheblichen Teiles seines Lohnes durch Kurzarbeit verlustig!

Die Erwerbslosenstatistik ist nur unvollständig, da insbesondere das Rheinland fehlt! Nach den vorliegenden Meldungen waren am 1. März 1945 91 Erwerbslose unterstellt gegen 148 181 im Vormonat. Die Zahl wird sich noch wesentlich erhöhen, wenn die jetzt fehlenden Meldungen eingegangen sind. Der Andrang an den Arbeitsnachweiser hat sich verstärkt.

Alles in allem bestätigt die Statistik des Arbeitsmarktes die vorhergehenden Wirkungen des Konjunkturrückganges auf die Kaufkraft der Arbeitererschaft. Unter diesen Umständen ist ein Abbau der Preise die dringendste Notwendigkeit, denn gerade diejenigen Schichten, deren Warenbedarf am härtesten ist, sind infolge der Senkung des Reallohnes und neuerdings infolge der Einschränkung der Arbeitsmöglichkeit außerstande, ein Nachfrage nach Waren zu entfalten solange die Preise nicht wesentlich heruntergehen.

Verlängerung der Geltungsdauer der Demobilisierungsverordnungen.

Durch Gesetz vom 23. März 1923 (RGBl. vom 29. März 1923, S. 215) ist die Geltungsdauer der Demobilisierungsverordnungen bis zum 31. Oktober 1923 verlängert worden.

Danach bleiben also, vorläufig bis zu dem vorgenannten Termin, folgende Verordnungen in Kraft:

- über Erwerbslosenfürsorge,
- über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten vom 12. Februar 1920,
- über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918, nebst Ergänzung vom 17. Dezember 1918,
- besonderen für Angestellte vom 18. März 1919,
- über Betriebsabbrüche und -stilllegungen vom 8. November 1920 und
- über Erweiterung der Fortbildungspflicht vom 2. März 1919, sowie zwei weitere Verordnungen, welche jedoch für die Arbeitnehmer nicht in Frage kommen.

Die Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten hat bekanntlich über Haupt Gesetzeskraft.

Gewerkschaftliches.

Kolnarbeiterkampf. Ueber 40 000 Mitglieder des Deutschen Kolnarbeiterverbandes stehen im Lohnkampf, weil die Unternehmer einerseits althergebrachten Lohnausgleich zu gewähren und andererseits Lohnaufzügen beschließen. Der Kampf bedingt einen Extrabeitrag von vier Wochenbeiträgen, die die Kolnarbeiter zu leisten haben.

Von der Keramindustrie.

Ein weiteres Glied. Zum Kahl-Konzern wird in Kürze ein neues Glied, die Porzellanfabrik E. und A. Müller, A.-G., Schönwald, treten. Der Generalversammlung liegt ein Antrag auf Abschluß einer Interessengemeinschaft mit der Porzellanfabrik Kahl vor. Danach werden künftig die Erzeugnisse der Müllerschen Fabrik von der Porzellanfabrik Kahl mitvertrieben. Der Machteinfluß des Kahl-Konzerns dehnt sich immer mehr aus.

Dividende im Kahl-Konzern. Der Generalversammlung der Porzellanfabrik Kahl wird vorgeschlagen, 1 Prozent Prozent in Goldmark nach dem Dollarkurs vom 31. Dezember 1922, das sind 200 Proz. in Papier, als Dividende zu verteilen. Das Stammkapital soll um 25 Millionen Mark erhöht und den Aktionären zum Bezugsrecht von 2 zu 1 für 500 Proz. zugänglich gemacht werden. Der Geschäftsgang sei feitherr zufriedenstellend. Der Eingang neuer Bestellungen lasse aber seit einiger Zeit, namentlich bei dem Gl.-Keramik, zu wünschen übrig. — G. Schomburg & Söhne, A.-G., Margarethenhütte, schüttet den gleichen Prozentsatz aus, gibt aber für die Aktien von 1—2000, die infolge der Verlegung des Geschäftsjahres drei Monate dividendenlos gewesen seien, eine weitere Vergütung von 500 Mk. pro Aktie. Das Kapital wird von 15 auf 40,5 Millionen Mark erhöht. Das Bezugsrecht für die Aktionäre ist auf 500 Proz. festzulegen, und zwar von 1 zu 2. (An der Börse ist der Kurs 3400 gewesen.) — Man erhebt schon aus den spärlichen Zahlen, wie gut das Geschäft für die „armen“ Papiermarkaktionäre gewesen ist. Die Arbeitererschaft kann für sich das nicht sagen.

Dividende-Sondervergütung. Die Porzellanfabrik zu Kloster Weißhof verteilt für 1922 50 Proz. Dividende und 50 Proz. Sondervergütung. Das Kapital wird von 3,5 auf 12 Millionen Mark erhöht und den Aktionären zum Bezugsrecht von 500 Proz. im Verhältnis von 2 zu 1, zusätzlich Kaufschale für Bezugsrechtsteuer und Schuldenzinsen angeboten. — Das Jahr 1922 war sonach für die Porzellanaktionäre ein Segensjahr. —

Feinkeramische Industrie Amerikas. Nach einer im „Keramos“ veröffentlichten Mitgliederliste umfaßt der Verband der Porzellanfabrikanten in den Vereinigten Staaten Nordamerikas 58 Firmen mit 633 Defen, die feinkeramische Waren aller Art erzeugen, und 3 Spülwarenbetriebe mit 87 Defen.

Verlegt. Die Porzellanfabrik Friedrich Schwab in Hilbolsheim (Mittelranken) hat ihren Sitz und ihr Werk nach Rott bei Nürnberg verlegt.

Fabrikationsbetrieb ausgenommen. In Schwäbisch-Gmünd (Württemberg) hat die Porzellanfabrik A.-G. Schwäbisch-Gmünd ihren Fabrikationsbetrieb mit 2 Rundöfen ausgenommen. Zwei Defen sollen noch gebaut werden. An der Gesellschaft ist hauptsächlich holländisches Kapital beteiligt.

Berufen worden. Der Leiter der feinkeramischen Interessensverbände und Herausgeber der Fachzeitschrift „Keramos“, Dr. Wilhelm Verschofen, erhielt Ende der Woche eine Berufung an eine hauptamtliche Dozentur für Wirtschaftswissenschaften an der Handelshochschule in Nürnberg, an der er seit drei Jahren als Dozent tätig ist. Er hat die Berufung angenommen, behält aber seine Tätigkeit für die Interessen der feinkeramischen Industrie bei.

Aus unserem Beruf.

40 Jahre Mitglied. Dem Kollegen Hermann Jänich, Dreher, Charlottenburg, war es beschieden, am 1. April das 40jährige Mitgliedsjubiläum im Porzellanarbeiterverband zu begehen. Er wurde am 28. März 1863 in Charlottenburg geboren und trat am 1. April 1883 in den Gewerbeverein (S.-D.), dessen freidenkende Mitglieder sich am 1. 1892 mit den Dreherverbänden zum Porzellanarbeiterverband verschmolzen. Der Jubililar ist nicht mehr beruflich tätig, bleibt aber seiner Organisation treu. Wir entbieten dem Kollegen unseren Glückwunsch!

Schwandorf. Im hiesigen Betrieb ist ein Abteilungsleiter R. für die christliche Organisation tätig. Er hat sogar christlich organisierte Dreher für den Betrieb besorgt. Allerdings nimmt es der Mann mit seiner christlichen Weltanschauung nicht besonders ernst, sonst hätte der Betriebsrat nicht schon zweimal

wegen der Verträge des R. gegen die guten Sitten Stellung nehmen müssen. Wenn die Direktion die Angelegenheit mit elegantem Schwung umgangen hat, so wird sie den Vorteil überlegt haben, den sie von dem christlichen Werbeapostel hat. Über sie ist eine gute Beispiel für die Arbeiter und Arbeiterinnen? Der Betriebsrat will mit seinem Vorgehen nicht etwa den genannten Anstandseltern beibringen, sondern nur damit bezeichnen, daß die Firma von diesem ihren Angestellten verlangt, sich eines anständigen Benehmens zu befleißigen. Diese Aufgabe ist für den Betriebsrat eine Pflicht. Aus dem Dargestellten ist zu ersehen, daß die Zugehörigkeit zu einer christlichen Organisation noch nicht ausreicht, ein wahrer Christ zu sein. Andere als gottlos und als sittlich verrobbte Gesellen zu bezeichnen, steht jenen Leuten wie R. wirklich schlecht. Sie hätten abergenug vor ihrer eigenen Türe zu stehen.

Verwaltungsberichte.

Röhrig. Die am 27. März 1923 stattgefundene Zahlstellenversammlung nahm mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die in Dresden gepflogenen Verhandlungen betreffs Lohnzulage gescheitert sind, wobei sogar mit Lohnabbau bei den Frauen und Jugendlichen gebrocht wurde. Die Versammelten weisen dies Ansehen ganz entschieden zurück und fordern im Gegenzug dazu einen Aufschlag von 35 Proz., da die Kosten der Lebenshaltung in gar keinem Verhältnis zum Lohn stehen. Der Firma wurde die einmütige Forderung überreicht, welche, ohne ein Wort zu äußern, davon Kenntnis nahm.

Köppelsdorf. Eine gutbesuchte Versammlung fand am 21. März im Neuhaus statt. Beim ersten Punkt kam das Nichtzustandekommen des Lohnabkommens zur Sprache. Allgemein wurde verurteilt und mit Entrüstung aufgenommen, daß der an und für sich schon niedrig angelegte Satz von 25 Proz. von den Unternehmern abgelehnt wurde. Das Ansehen der Arbeiter, den jugendlichen und weiblichen Arbeitern bzw. Arbeiterinnen den Lohn zu kürzen, wurde allgemein als unannehmbar bezeichnet und der Standpunkt der Verhandlungskommission geteilt. Die Versammlung beschloß, bei der Betriebsleitung vorstellig zu werden und einen Aufschlag von 25 Proz. auf den derzeitigen Effektivlohn zu fordern, da unser Lohn das Existenzminimum nach lange nicht erreicht hat. Wir stehen noch 40 bis 50 Proz. darunter. Von einem Abbau der Lebens- und Bedarfsartikelpreise ist nicht zu merken. Zu Punkt 2 wurde nach eingehender Begründung des Geschäftsführers beschlossen, die Marken zum Baufonds unteres Verbandshauses restlos zu entnehmen; d. h. gleichen auch dem Beschluß des Gewerkschaftsrates (einen Stundenlohn für unser Gewerkschaftshaus Sonneberg abzuführen) zugestimmt. Andere Gewerkschaften haben dies längst durchgeführt, und auch die Porzellaner dürfen nicht zurückbleiben, zumal ein Teil der Zahlstelle den Stundenlohn abgeführt hat. Zur „Mührlilfe“ nimmt die Versammlung eine abwartende Stellung ein. Unter „Betriebsangelegenheiten“ teilt der Gen. Billigkeit mit, daß Neueinstellungen von Jugendlichen dieses Jahr nur in beschränktem Maße stattfinden können. Der Betrieb sei überfüllt. Außerdem werden einige vorübergehend eingestellte Kollegen entlassen werden müssen. Der Betriebsrat wird ersucht, dahin zu wirken, daß Gärten vermietet werden. Ein Antrag, die durch die Faschistenbewegung in Obersachsen in den Kampf getriebenen „Klassen“ durch eine Sammlung zu unterstützen, soll der Verwaltung vorgelegt werden. Mit einem Appell an die Mitglieder, die Beiträge ihrem Stundenlohn entsprechend abzuführen und den Unterfasser keine Schwierigkeiten zu bereiten, sowie sich an dem von der Thüringer Regierung eingeführten Kurzus in Sonneberg rege zu beteiligen, fand die Versammlung ihr Ende.

Krummenaach. In der am 29. März stattgefundenen Zahlstellenversammlung wurde einstimmig folgende Resolution gefaßt: Die heutige Zahlstellenversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis vom Scheitern der letzten Lohnverhandlungen, bei denen das Verhalten der Arbeitgeber von Seiten der Kollegen scharf mißbilligt wurde. Der Dollar ist zwar gesunken, aber von einem Preisabbau der Lebensmittel ist nichts zu spüren. Wir fordern deshalb die Verhandlungsleitung auf, bei den nächsten Lohnverhandlungen mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Löhne genau dem Dollarstand angepaßt werden.

Literarisches.

„Männer vom Bau“ und „Großstadt“ sind zwei kleine Lebenswerte Werke, die der Arbeiterdichter Max Dorn verfaßt hat. Er hat darin seine Erlebnisse als Arbeiter in einer besonderen Art geschildert und damit einen Weg beschritten, der selten begangen wird. Die beiden Büchlein sind im Verlag bei Louiser Bochum, Leipzig, Kantstr. 59, erschienen und können von dort zu den üblichen Preisen bezogen werden.

Internationales Arbeitsjahr, 1923. 1120 Seiten. Genf, Verlag des Internationalen Arbeitsamtes. (In Kommission bei Hans Preis, juristische Verlagbuchhandlung, Berlin.) Der dritte Jahrgang dieses Nachschlagewerkes enthält Angaben über 72 Staaten und Kolonien, die sich auf rund 2400 Gewerkschaften, 1950 Unternehmerorganisationen, 1100 Organisationen der Kopfarbeiter, 4 Vereinigungen von Kriegsbeschädigten, 475 Gewerkschaften und 50 verschiedenen Organisationen beziehen. Auch die internationalen Berufssekretariate und die Landeszentralen der Berufsorganisationen sind berücksichtigt. Außer dem Titel jeder Organisation sind die Namen der leitenden Beamten, die Verbandsorgane, die Mitgliederzahlen, sowie die Zugehörigkeit zu nationalen und internationalen Verbindungen verzeichnet. Bei den Gewerkschaften ist in der Regel auch über den Umfang der Organisation angegeben. Die Angaben sind von den Spitzenverbänden der in Frage kommenden Organisationsgruppen vor der Drucklegung nachgeprüft worden, so daß sie als durchaus verlässlich gelten können. Diesen Nachweisungen vorausgeschickt sind Mitteilungen über den Aufbau der Internationalen Arbeitsorganisation und die von ihren Jahresversammlungen gefaßten Beschlüsse, ferner über die Organisation des Völkerbundes, sowie über die Registrierungsstellen der einzelnen Staaten, die sich mit Arbeitsangelegenheiten befassen. Das Buch ist ein gut brauchbares Nachschlagewerk für alle Gewerkschaften und andere auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung und Sozialpolitik tätige Vereinigungen.

Quittung.

Für die inzwischen verstorbene Kollegin Hulba Wöttcher folgende Beiträge ein: Berlin, Eisfeld, Hennigsdorf, J. Hirsch, Freienorla, Landsdorf, Teltow, Kups, Hochberg je 100 Mk.; Rauenstein 150 Mk.; Malapertal Ullrichs, Stettin, Langenfeld, Stettin, Krummenaach, Ballenstedt, Meuselwitz, Tietzen, Schirnding, Blankenhammer, Quabach, Schwarzenbach, Bonn, Brambach, Frankfurt a. d. O., Potschappel, Gräfenhain, Hirschheim, Wösten, Mannheim-Rüfenthal, Hirschheim, Eisenbach, Reichenbach, Grünstadt je 20 Mk.; Althaldensleben, Blankenbach, Wabendorf, Hoffen, Marktredwitz, Dresden, Köpcke, Magdeburg, Lübeck, Döb, Sorau, Suhl, Schney, Waltersdorf je 300 Mk.; Triptis 400 Mk.; Burgau, Osburg, Eifenwerth, Frauenth, Hirschheim, Fürstenberg, Tannenau, Jecha, Kahla, Kirchenlamitz, Ludwigsburg, Margarethenhütte, Marktredwitz, Althaldensleben, Ohrdruf, Baffau, Meue, Köpcke, Rheinsberg, Kobach, Selb-Blößberg, Schönwald, Schorndorf, Weiden, Hermsdorf, Ungenamt Kömiz, Ullstädt je 500 Mk.; Kloster Beilsdorf, Kleinembach je 700 Mk.; Anna, Arzberg, Jena, Elmshorn, Lettau, Oberhausen, Schlierbach, Ungenamt Zell, Reban je 1000 Mk.; Gijenberg 1500 Mk.; Colbitz 2000 Mk. In Summa: 37 750 Mk. Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern besten Dank.

Zustache Kömiz, J. A. Otto Wötter, Kassierer.

Quittung

Aber eingesandte Gelder vom 1. April bis 30. Juni 1922:
Altentundstadt 2025,10; Althaldensleben 60593; Amberg 2341,85; Annaburg 40 056; Arnstadt 1500; Arzberg 4000; Auma 37 486; Bayreuth 16 202; Berlin 40 000; Blankenbach 13 961; Bonn 45 000; Brambach 219; Bratenburg 19 325; Dresden 26 590; Burgau 2760; Cassel 2112; Coburg 27 000; Colbitz 48 000; Darmstadt 134,50; Dresden 170 000; Duisdorf 6423; Düsseldorf 3140; Eifenbach 320; Eisenberg 32 335; Eisfeld 9335; Eifenfeld 1000; Elmshorn 10 878; Eifenwerth 12 000; Farge 7542; Hirschheim 5612; Frankfurt a. M. 1000; Frankfurt a. d. O. 17 631; Frauenth 33 023; Freiberg 25 000; Freienorla 241; Freitot-Potschappel 16 000; Fürstenberg a. B. 18 757; Gräfenhain 1008; Goldlauter 3351; Gräfenhain 140 000; Greußen 2430; Grünhain 1615; Grünstadt 17 476; Hausen 1544; Hennigsdorf 14 000; Hermsdorf 57 853; Hirschau 762; Hochstadt 9883,70; Hühstadt 8000; Hohenberg 16 170; Hornburg 6824,30; Jemenau 7600; Jecha 16 538; Kahla 155 630; Karlruhe 365; Kappfelle 10 000; Kirchenlamitz 7108,90; Kleinembach 6750; Kloster Beilsdorf 42 520; Kömiz 65 679; Kömiz 6415,84; Köpcke 123 978; Kronach 50 287; Krummenaach 5902,36; Landsdorf 1003; Lauf 1300; Leipzig 1561; Lettau 2320; Limbach 14 079; Lübeck 4253; Ludwigsburg 3490,50; Mäbendorf 7430; Magdeburg 50 372; Mainleuth 4560; Mannheim 10 000; Margarethenhütte 55 000; Marktredwitz 10 000; Marktredwitz 58 811; Meuselbach 3749; Meuselwitz 16 017; Mitterteich 19 327; Moschendorf 9850; Mühllader 1000; Mühlladen 3067,95; München 17 000; München-Gräbba 2144; Mühlbach 2803,94; Naissa 5232,81; N. Althaldensleben 54 522; Nossen 1160; Oberhausen 1300; Oberlößau 11 804; Oelsch 5163; Offenbach 525; Ohrdruf 3700; Osa 78,70; Oschatz 5852; Osterode 5000; Paffau 10 000; Paulia 232,50; Peterwitz 1138; Blankenhammer 4680; Plaue 19 752; Pöhlstedt 4409; Preßnitz 6090; Ratingen 8000; Rauenstein 20 462; Regensburg 501; Reichenbach 9300; Rheinbach 900; Rheinsberg 13 185; Rodach 19 017,69; Rößitz 17 765; Rößlau 15 000; Roslau 14 104; Rudolstadt 110 000; Sankt Georgen 2941; Schönbach 3320; Scheibe 9378; Schirnding 12 583; Schleusingen 1239; Schlierbach 47 539; Schmiedeberg t. M. 367; Schney 264; Schney 3445; Schönbach 86 600; Schorndorf 8500; Schramberg 3884; Schwanau 3861,85; Schwarzenbach 11 900 90; Schwarzenberg 39; Schwarzenfeld 2117; Schweidnitz 5273,65; Selb 231 675,50; Selb-Blößberg 18 161; Schirnding 14 667; Sophienau 21 339; Sophienhain 2480; Sorau 11 889; Spandau 9556; Städtlitz 3196,95; Stadtlengsfeld 18 946; Staffel 5186,71; Stanowitz 26 208; Steinbach 3159,50; Steinwiesen 2754; Suhl 8453; Teltow 32 222; Lettau 26 000; Tietzen 21 746; Tillowe 15 000; Triptis 12 300; Triptis 1102; Ullstädt 4876; Unterföbisch 2000; Unterweißbach 9540,15; Wahrenstr. 8610; Worbamm 33 218; Wabenburg 122 000; Waltersdorf 7831; Waltersleben 32 631; Wallhausen 6519; Weiden 65 000; Weichwasser 8000; Weisel 5622; Weisch-Weichenbach 3668; Wittenberg 16 000; Wunnsfeld 5039; Zell 15 000; Zwickau 15 181; Zwickau 570 50; Zwickau-Marktredwitz 315,15; Zwickau-Schwarzbach 168; Zwickau-Langenthal (Schweiz) 15; Zwickau 413,70; Kaufmann-Zwickau 70; Geyer-Selb 52; Reichardt für Arbeitsvermittlung, Porto 563,50; Stenert-Berlin 4; Reimer-Langewiesen 100; Reichel-John-Berlin 111; Langhammer-Rifau 350; Wöhme-Eisenberg 186; Lang-Weiden 20 Mk. Zusammen: 3 322 129,50 Mk.

Aufrufe!

Der Kollege Hermann Reipold ist schon seit zwei Jahren krank und aus allen Kräfte ausgesteuert. Die Zahlstelle hat sich jetzt auch getrennt, was in ihren Kräfte stand. Augenblicklich befindet sich die Familie in einer mitleidigen Lage, da Reipold zurzeit in der Heilanstalt ist. Wir bitten daher, die anderen Zahlstellen, auch ihr Schicksal dazu beitragen zu wollen. Gelder sind zu senden an Albin Trudenbrodt, Kassierer.

Unsere seit Jahresfrist schwer erkrankte, aus allen Kräfte ausgesteuerte Kollegin Elsette Schmidt bedarf dringend der Unterstützung. Freiwillig Spenden der Belegschaft und Unterstützung durch die Zahlstelle reichen nicht mehr, das Allernötigste für Mutter und Kind zu schaffen. Wir bitten deshalb andere Zahlstellen, ein Scherlein zur Verinderung der Not beizutragen. Spenden sind zu richten an Kassierer Reinhold Müller, Wiberichlag bei Eisfeld (Thür.). Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Für den in Nr. 12 der „Ameise“ erschienenen Aufruf Beilieg sind keine Gelder eingesunden, da dieser schon in der Nr. 10 erschienen war.

Arbeitsmarkt.

Ein tüchtiger Formgießer

für Gebrauchsgießerei, der an sauberes Arbeiten gewöhnt ist, zum möglichst sofortigen Eintritt gesucht. Wegen der Wohnungsnot können nur ichige Bewerber in Frage kommen.

Angebote mit Zeugnisabschriften an Porzellanfabrik Marktredwitz, Jäger & Co. Marktredwitz (Sachsen).

Perfekte Gießer

für Tafelgeschirre per sofort gesucht. Wohnung vorhanden.

(45) C. & E. Carstens Porzellanfabrik, Sorau.

Perfetter jüngerer Formgießer

per sofort gesucht.

(46) C. & E. Carstens Porzellanfabrik, Sorau.

Zwei geiernte Dreher

für chemisch-pharmazeutische Geschirren zum sofortigen Eintritt gesucht.

(44) Porzellanfabrik Stägerbach (Thüringen).

Porzellanmaler und Spritzer, verheiratet, jedoch ohne Kinder, besonders in allen vorkommenden Arbeiten der Malerei (Spritzerei (Frau ist Druckerin), sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, umständelhafter baldigst anderweitig Stellung. Angebote unter H. Sch. an die Redaktion der „Ameise“ zu richten.

Jünger Mann, 20 Jahre alt, sucht Stellung als Steingutmalers an Untergraben. Offerten werden unter M. 2 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Zwei junge ledige Steingutdreher suchen Stellung als Hohlgeschirrdreher (gehen auch ins Ausland). Offerten sind unter H. H. an die Redaktion der „Ameise“ zu richten.

Gesucht erfahrener, tüchtiger Brenner und einige geübte Tellerdreher.

Angebote mit Zeugnisabschriften an Porzellanfabrik, Alt.-Gef. Werk Beven (Hannover).

Jünger lediger Formgießer, in allen vorkommenden Arbeiten bewandert, sucht Stellung. Angebote werden erbeten unter J. R. an die Redaktion der „Ameise“.

Bekanntmachung.

Den Zahlstellenassessoren diene hiermit zur Kenntnis, nunmehr die neuen Eintrittsmarken im Werte von 100, und 500 Mk. vorhanden sind.

Die Kassierer wollen jedoch nur die Eintrittsmarken verlangen, die am Ort benötigt werden.

Ferner teile ich mit, daß auch jetzt Beitragsmarken im Werte von 2700 Mk. vorhanden sind. Wils. Herber.

Bekanntmachung. Ich mache die Zahlstellenmitglieder darauf aufmerksam, daß künftig Unterstützungen und Krankengelder nur mehr Sonntag von 12 bis 2 Uhr nachmittags ausgezahlt werden. Desgleichen ermahne ich alle Mitglieder, in Krankheitsfällen rechtzeitig bei mir anzumelden.

Zahlstelle Krummenaach, Karl Päs, Kassierer.

Veranstaltungs-Anzeigen.

Althaldensleben, Montag, den 16. April, abends 8 Uhr Zahlstellenversammlung bei W. Peters.

Blankenbach, Sonnabend, den 14. April, abends 8 Uhr Zahlstellenversammlung bei Klein.

Adressenänderungen.

Magdeburg, Kassierer Friedrich Schulze, Magdeburg, Rosenthal Nr. 1, part. Revisor an Stelle Burckhardt: Leonhardt, Magdeburg-N., Heinrichstr. 20, II.

Reiphen, Revisor Paul Stöbel, Sieg, Bahnstr. 71.

Teltow, Kassierer Edmund Siegel, Dreher, Potsdamstr. 64.

Dankagung. Aus Anlaß des so plötzlich unerwarteten Todes meiner Gattin spreche ich hiermit den Herren Fürbring & Co. für die trostreichen Worte am Grabe, der Kollegen des Fürbringer-Betriebes und insbesondere der Zahlstelle der Porzellanarbeiter in Schirnding für die mir und meinen vier unmündigen Kindern zuteil gewordene reichliche Unterstützung meinen innigsten Dank aus. Josef Bäumer-Schirnding.

Dank. Für die zahlreiche Beteiligung bei der Einäschung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, den Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Teltow, sowie dem Arbeitermännergesangsverein „Eintracht“ meinen herzlichsten Dank. Ww. Frieda Neupert und Kinder, Teltow.

Sterbetafel.

Althaldensleben, Otto Reinde, Schlemmer, geboren am 6. März 1880, gestorben am 28. März an Lebererkrankung Mitglied seit 1919.

Auma, Kurt Schindler, Bader, geboren am 30. Juni 1894, gestorben am 20. März an den Folgen einer Verletzung in der Klinik zu Jena. Mitglied seit 1921.

Brattenburg, Hermann Luther, geboren am 9. September 1882, gestorben am 14. März an Lungenleiden. Mitglied seit 1918.

Kömiz, Hulba Wöttcher, geboren am 16. November 1873, gestorben am 20. März an Tuberkulose.

Krummenaach, Max Fersch, Schmiedler, geboren am 16. Februar 1852, gestorben am 25. März an Wasserkucht. Mitglied seit 1919.

Reichenbach, Karl Blöner, Brenner, geboren am 3. Oktober 1905, gestorben am 14. März an den Folgen einer Schlaganfalls. Mitglied seit 1919.

Schirnding, Anna Bäumer, Glaserin, geboren am 8. Juni 1887 zu Schirnding, gestorben am 21. März im Bett. Mitglied seit 1921.

Spandau, Fritz Wegener, Dreher, geboren am 2. September 1871 zu Charlottenburg, gestorben am 27. März an Asthma. Mitglied seit 1918.

Teltow, Christian Neupert, Dreher, geboren am 22. Mai 1885 zu Marktredwitz, gestorben am 25. März an Lungenleiden. Mitglied seit 1901.

Wabenburg, Karl Hilbig, Dreher, geboren am 23. Dezember 1873 in Wabenburg, gestorben am 21. März an Lungenleiden. Mitglied seit 1894.

Ehre ihrem Andenken!

Zwei junge, ledige Mäder suchen sofort Stellung. Sie sind gut eingearbeitet in Rand, Band, Stempel, Staffage, im Polieren und Lüften. Anschriften sind unter „R. II.“ die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Geschäfts-Anzeigen.

Offer. zu Tagespre. f. Dreher Hmoece, d. St. v. 0,40-1,50 cm Schill (früh. Goldm.), klein. Levantiner, das Pilo zu 40, groß zu 60 Schill., große glatte Philippiner Stephanosen, das Pilo zu 6 1/2 Doll., klein. Levantiner Elephantenohren, das Pilo zu 2 groß. prima zu 240 franz. Francs, prima weiche faustgr. Reif-Formschwämme, das Pilo 7 Doll., billigere feste mittl. groß. Hart-Head-Glasur u. Garnierungschwämme, große große Hart-Head-Schwämme für große Gefäße zu 3 1/2 Doll., außerdem in deutsche Reichsmark, z. amt. Berl. Briefbörsen am 2. Freitagstage. Versand in kleineren und größeren Paketen. S. Michelsch, Schwammgroß, Berlin C. 25, Prenzlauerstr.

Verkaufe

wegen Aufgabe meiner Malerei circa 250 Gramm flüssiges Poliergold von Heraeus und Nickel in Originalpacken zu 10 Gramm unter Tagespreis. Ebenso verschiedene Größen von Türschildern ganz preiswert. Angebote unter „B.“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Für das Gute bricht sich Bahn! Offer. all. Porzell., Glas- u. Hüttenarbeiten meine pr. Spezial-Expansions- u. Turnschuhe, sowie Pantoffel in. Es tut überdies zu annehm. Preis. Anfr. ohne Rückporto sind. Berücksichtigt. Berl. nur per Nach. Erstes Schuhwarengeschäft a. hies. Plaz. Konrad Bügler, Birndorf, Klampferstr.

CHRISTOP SACK

SCHWARZENBACH A. D. SAALE Import und Export von Schwämmen, speziell für die keramische Industrie. Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereitwilligst. Fernsprecher Nr. 17

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen. Red.: Edwin Krenninger, Charlottenburg, Rosinenstr. Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. Druck: E. Janiszewski, Berlin SO, Elisabethufer 23.